



Berufungsentscheidung

Der Unabhängige Finanzsenat hat über die Beschwerde des G.M., vertreten durch Dr. Klaus Perner, Rechtsanwalt, 5020 Salzburg, Alpenstrasse 12, vom 18. März 2002 gegen die Berufungsvorentscheidung des Hauptzollamtes Linz vom 7. Februar 2002, ZI. 500/07878/1/99, betreffend Eingangsabgaben entschieden:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe

Das Hauptzollamt Linz schrieb dem Beschwerdeführer mit Bescheid vom 9. Februar 1999 die gemäß Art. 203 Abs. 1 und Abs. 3, 1. Anstrich (der Spruch des Erstbescheides wurde mit der Berufungsvorentscheidung korrigiert) entstandene Zollschuld für 2 Stück Palmkakadu und ein Stück Rotscheitelsittich zur Entrichtung vor.

In der gegen diesen Bescheid gerichteten Berufung brachte der Bf. im wesentlichen vor, dass die vorgenannten Tiere nicht der zollamtlichen Überwachung entzogen worden seien, als er den Arbeitsplatz des Zollamtes Wulowitz verließ, bevor die Zollkontrolle beendet war. Dem Bf. könne nicht nachgewiesen werden, dass er die vorgenannten Tiere der zollamtlichen Überwachung entzogen habe, er sei ohne die gegenständlichen Vögel über das Zollamt Wulowitz nach Österreich eingereist. Der Bf. habe jedoch mittels der Cites Bescheinigungen nachgewiesen, dass die Vögel von Deutschland nach Österreich gebracht wurden.

Mit der numehr bekämpften Berufungsvorentscheidung wies das Hauptzollamt Linz vorstehende Berufung als unbegründet ab.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass zum identen Sachverhalt gegen die Berufungsentscheidung der Finanzlandesdirektion für Oberösterreich als Finanzstrafbehörde zweiter Instanz, Berufungssenat V vom 20. Dezember 2000, GZn RV 921/1-10/2000, RV 922/1-10/2000, RV 923/1-10/2000 durch den Bf. Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof erhoben wurde. Diese Beschwerde wies der Verwaltungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 26. Februar 2004, Zl. als ungegründet ab.

Die Beschwerde im vorliegenden Verfahren ist, wie vom Bf. ausgeführt inhaltlich gleichlautend der vorgenannten Verwaltungsgerichtshofbeschwerde, sodass da eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes bereits vorliegt, auf deren Wiedergabe verzichtet werden kann.

Über die Beschwerde wurde erwogen:

Für die entscheidende Behörde steht daher folgender Sachverhalt fest:

Der Bf. hat am 8. Mai 1996 anlässlich der Einreise über das Zollamt Wullowitz 2 Stück Palmkakadu und ein Stück Rotscheitelsittich der zollamtlichen Überwachung entzogen, indem er sich vor Beendigung der Zollkontrolle durch Wegfahren vom Amtsplatz des Zollamtes entfernte. Nach dem Entziehen aus der zollamtlichen Überwachung wurden die Tiere durch den Sohn des Bf. übernommen. Dieser Sachverhalt ist durch das rechtskräftig abgeschlossene vorerwähnte Finanzstrafverfahren, bestätigt durch das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 26. Februar 2004 als erwiesen anzunehmen.

Auch mit der Ermittlung des Zollwertes der Tiere in der Höhe von insgesamt ATS 320.000.- setzte sich das Höchstgericht ausführlich auseinander und erachtete diese unter Stützung auf die sachkundige Auskunft des Leiters des Vogelparkes Schmiding als richtig.

Die Feststellung des oben dargestellten Sachverhaltes erfolgte im Finanzstrafverfahren, also einem Verfahren, in welchem die Officialmaxime, also die amtswegige Ermittlung der materiellen Wahrheit gelten. Die gefertigte Behörde schließt sich daher der vorgenommenen Beweiswürdigung vollinhaltlich an. Auf die Berufungsentscheidung der Finanzstrafbehörde zweiter Instanz sowie das ergangene Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes darf an dieser Stelle verwiesen werden.

Gemäß Artikel 203 Abs. 1 ZK entsteht eine Einfuhrzollschuld, wenn eine einfuhrzollpflichtige Ware der zollamtlichen Überwachung entzogen wird.

Gemäß Abs. 2 der vorgenannten Bestimmung entsteht die Zollschuld in dem Zeitpunkt, in dem die Ware der zollamtlichen Überwachung entzogen wird.

Zollschuldner ist gemäß Abs. 3, erster Anstrich die Person, welche die betreffende Ware der zollamtlichen Überwachung entzogen hat.

Die vorgenannten Bestimmungen gelten weiters gemäß § 2 Abs. 1 ZollRDG für die Erhebung der sonstigen Eingangsabgaben, im vorliegenden Fall der Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer.

Der oben festgestellte Sachverhalt erfüllt den Tatbestand der Entstehung einer Zollschild gemäß der Bestimmung des Art. 203 Abs. 1 ZK. Der Bf. war demnach derjenige, der die verfahrensgegenständlichen Tiere der zollamtlichen Überwachung entzogen hat. Die Inanspruchnahme des Bf. als Zollschildner erfolgte daher zu Recht, wobei in Ausübung des dem Zollamt zustehenden Ermessens sowohl der Bf. als auch sein Sohn, zur Entrichtung der Zollschild heranzuziehen waren. Beide weisen insbesondere durch die unmittelbar nach der Entziehung aus der zollamtlichen Überwachung erfolgte Übergabe der Tiere das gleiche Naheverhältnis zur Entstehung der Zollschild auf. Die Entscheidung wurde demgemäß innerhalb der Grenzen, die das Gesetz dem Ermessen zieht rechtsrichtig nach Zweckmäßigkeit und Billigkeit getroffen.

Die Beschwerde war daher als unbegründet abzuweisen.

Wien, am 16. März 2006